



Russland und der Nahe und Mittlere Osten: Russlands Nahostpolitik 2001–2003 im Zeichen des Anti-Terror-Kampfes und des Irak-Krieges

Nicolas Dreyer
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

12. Januar 2024

Zusammenfassung

Die Terroranschläge des 11. September 2001, die Irak-Krise 2002–2003 und der folgende Irakkrieg 2003 stellten die russische Außen- und Nahostpolitik vor neue Möglichkeiten und Herausforderungen, die damit auch die erste Amtszeit des russischen Präsidenten Vladimir Putin prägten (2000–2004). Motiviert vom Ziel der Wiederherstellung wirtschaftlicher und innerer politischer Stabilität und Einheit erfuhr sich die ehemalige Supermacht ohne wirksame Mittel, das Geschehen im Nahen Osten maßgeblich und im Sinne eigener Interessen zu beeinflussen. Der Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit mit dem Westen stand dabei im Konflikt mit dem Ziel der Multipolarität und bestimmten regionalen Prioritäten, die dargestellt werden. Dieser ursprünglich 2003 verfasste Aufsatz zeigt im Rückblick, wie Russland in den internationalen Krisen dieser Zeit bereits die Grundlagen für die Abwendung von der durch Putins Amtsvorgänger Boris Jelzin praktizierten zehnjährigen Westorientierung legte. Damit begab sich das Land schrittweise auf den Weg der außenpolitischen Selbstbehauptung und geopolitischen Neuorientierung Richtung Asien.

1 Einführung

Der Beginn der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Irak im März 2003 zur Durchsetzung einer nachhaltigen Abrüstung im Irak vermuteter Massenvernichtungswaffen und zur Erzwingung eines Regimewechsels veranlasste den damaligen russischen Außenminister Igor Ivanov dazu, in dem Regierungsorgan *Rossijskaja Gazeta* folgende Position einzunehmen:

Die globale Lage steht zur Zeit vor einem außerordentlich komplizierten und verantwortungsvollen Moment ihrer Entwicklung. Es ist offensichtlich, dass von der weiteren Entwicklung der Ereignisse nicht nur das Schicksal des Irak, sondern in vieler Hinsicht auch die Zukunft der internationalen Beziehungen auf lange Zeit abhängen. Bedauerlicherweise befindet sich zur Zeit die Einheit der antiterroristischen Koalition mit dem Beginn der Kriegshandlungen gegen den Irak in großer Gefahr.¹

Ivanovs Rhetorik verdeutlicht zweierlei. Zum einen wurde vordergründig der Sorge um das Schicksal des Irak und um den Zusammenhalt der Anti-Terror-Koalition, d.h. vor allem den russischen Interessieren, die hier tangiert werden, Ausdruck verliehen. Zum anderen ist es das immer wieder mit mahnender Hand vorgetragene Grundthema russischer Außenpolitik, die von den USA dominierte Weltpolitik vermissen die Entwicklung in die richtige Richtung, nämlich die hin zu einer multipolaren Weltordnung, in der per Definition Russland eines der Pole oder Machtzentren wäre.

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 gewährte russische Präsident Vladimir Putin den USA spontane Unterstützung. Infolge wurde die Russische Föderation Mitglied in der Anti-Terror-Koalition und machte geopolitische Zugeständnisse in Bezug auf die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Zentralasien. Diese Entwicklung gab der russischen Regierung einerseits größeren Handlungsspielraum, besonders im Hinblick auf den Kampf gegen den tschetschenischen Separatismus; andererseits lie sie neue Hoffnung auf eine Stärkung der Multilateralität in internationalen Beziehungen keimen. Russlands vielseitige Unterstützung des Anti-Terror-Kampfes in Afghanistan ließ eine auf Gleichberechtigung angelegte „strategische Partnerschaft“ zwischen den USA und Russland möglicher denn je erscheinen. Wegen des Tschetschenien-Problems betrachtete sich Moskau zunehmend als „Avantgarde“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sah aber seine Bemühungen auf diesem Gebiet oft genug ins falsche Licht gerückt, insbesondere durch europäische, aber auch amerikanische Kritik an Menschenrechtsverletzungen, sowie seitens der Vereinten Nationen. Eine Reihe als „feindlicher Akte“ wahrgenommene

¹ *Rossijskaja Gazeta*, 25.03.2003, <http://www.ln.mid.ru/B1.nsf/arh/A2477505EC0CF19343256CF400545D23?OpenDocument>, 1 (aufgerufen am 12.06.2003; am 08.01.2024 nicht mehr verfügbar). Diese und nachfolgende Übersetzungen aus dem Russischen und Englischen sind eigene.

amerikanische Handlungen, wie die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages, die NATO-Osterweiterung ins Baltikum und die ausgebliebene amerikanische politische Unterstützung für geplante „Anti-Terror-Maßnahmen“ im georgischen Pankisi-Tal, ließen in Moskau Enttäuschung aufkommen.

Eine Analyse der russischen Politik in der Irak-Krise muss vor dem Hintergrund einer Desillusionierung in Bezug auf Moskaus Erwartungen den USA und dem Westen gegenüber geschehen. Sie muss zusätzlich Russlands kategorische Ablehnung einer als unipolar wahrgenommenen Weltordnung einbeziehen, die Russland marginalisiert. Hinzu kommen Russlands regionale Interessen. Moskaus Verhalten in Bezug auf den Irak war — gemeinsam mit vor allem Frankreich und Deutschland, aber auch China — geprägt von einem unbedingten Festhalten an den Vereinten Nationen und dem Weltsicherheitsrat als den einzig legitimen Foren für die Lösung des Irak-Problems. Daraus ergab sich für Moskau die Weigerung, sich der „Koalition der Willigen“ anzuschließen. Im Folgenden werden die Grundzüge der russischen Nahostpolitik, besonders der Jahre 2001–2003, näher betrachtet.

2 Der Nahe und Mittlere Osten in der russischen Außenpolitik

Im außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation aus dem Jahr 2000 nahmen der Iran, Afghanistan, der Nahe Osten, der Persische Golf und der „Größere Mittelmeerraum“ nur eine untergeordnete Position unter den regionalen Prioritäten der russischen Außenpolitik, die wiederum Grundsatzserklärungen nachgeordnet sind, ein. Der erste Platz wurde verständlicherweise von den Beziehungen zu den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eingenommen, gefolgt von Europa, der NATO und den bilateralen Beziehungen zu Deutschland, Großbritannien, Italien und Frankreich. Als Prioritäten vor dem Nahen Osten kamen die mittel- und osteuropäischen Länder, die baltischen Staaten, die amerikanisch-russischen Beziehungen und der asiatische Raum. Dem Interesse am Nahen Osten waren nur noch Afrika und Lateinamerika nachgeordnet. Im Einzelnen sah das außenpolitische Konzept folgende Schwerpunkte für den Nahen und Mittleren Osten vor:

- Ausbau der Beziehungen mit dem Iran;
- Stabilisierung der Lage im Nahen Osten, einschließlich des Persischen Golfes und Nordafrikas, insbesondere der Auswirkungen, die Entwicklungen in dieser Weltregion auf die internationale Politik hatten;
- Als Mitförderer des Nahostfriedensprozesses aktiv auf die „Normalisierung“ und Stabilisierung der Lage in der Region hinzuwirken;

- Als Priorität in dieser „für russische Interessen wichtigen und reichen Weltregion“ wurde die Wiederherstellung und Stärkung russischer Positionen, insbesondere wirtschaftlicher, herausgehoben.

Dem „Größeren Mittelmeerraum“, der im dem Dokument als Drehscheibe verschiedener Regionen, namentlich dem Nahen Osten, der Schwarzmeerregion, dem Kaukasus und dem Kaspischen Raum betrachtet wurde, sollte Gegenstand einer zielstrebigem, auf Frieden, Stabilität und gute, nachbarschaftliche Beziehungen angelegten Politik werden. Ein solcher Kurs sollte es erlauben, russische Wirtschaftsinteressen, die das Thema der Energieinfrastruktur einschließen, zu fördern.²

In Hinblick auf den Anti-Terror-Kampf, die Irak-Krise und den folgenden Irak-Krieg wurde die Bedeutung des Nahen Ostens für die russische Außenpolitik jedoch durch zwei Faktoren gestärkt. Zum einen ist es der als zunehmend „eurasisch“ empfundene Charakter der amerikanischen Außenpolitik, also Amerikas politische und militärische Präsenz in Zentralasien, im Nahen Osten und im Persischen Golf. Amerikas Priorisierung der Region in seiner nationalen Strategie forderte auch die russischen Interessen heraus. Der zweite Faktor war die geographische bzw. geopolitische Nähe zu Zentralasien und dem Kaukasus, zwei „Übergangsregionen“, die nach russischem Verständnis in Russlands ureigener Interessensphäre liegen. Mit beiden Faktoren war das Energiethema verbunden, da sich im Persischen Golf und im Kaspischen Meer zwei Drittel der Welterdölreserven befinden.³

Beide Faktoren verdienen eine genauere Betrachtung. Nimmt man das historische Interesse des Russischen Reiches im Orient und den weitgehend erfolglosen Versuch der Sowjetunion der Instrumentalisierung der Region bzw. einzelner nahöstlicher Länder im Kontext des Kalten Krieges und der Rivalität der Supermächte in den Blick, so mag die relativ marginale Bedeutung des Nahen Ostens für die frühe post-sowjetische russische Außenpolitik auf den ersten Blick verwundern. Der Zerfall der Sowjetunion jedoch und das dadurch herbeigeführte Ende der Bipolarität führten zu einem hohen Verlust an Moskaus außenpolitischem Potential sowie seiner aktiven Gestaltungsmöglichkeiten im Nahen und Mittleren Osten. Moskaus vorläufiger geopolitischer und demographischer Rückzug beendete eine vierhundertfünfzigjährige Expansionsgeschichte und beinhaltete mit vierundzwanzig Prozent den Verlust nicht nur eines beträchtlichen Teils des vormals sowjetischen Staatsgebietes, sondern auch den Verlust von zwölf bis fünfzehn Prozent der ethnisch russischen Bevölkerung sowie bedeutende Teile der militärisch-industriellen Infrastruktur. Dazu kamen der

²Pressemitteilung der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland Nr. 33 vom 14.07.2000, *The Foreign Policy Concept of the Russian Federation*, <http://www.russische-botschaft.de/Presse/anzeige.php?id=224> (aufgerufen am 05.06.2003). Am 15.12.2023 verfügbar unter: <https://www.bits.de/EURA/russia052800.pdf>.

³Alvin Z. Rubinstein, „The Middle East in Russias Strategic Prism“, in: *Diplomacy in the Middle East: The International Relations of Regional and Outside Players*, hg. L. Carl Brown (London und New York: Palgrave, 2001), 90.

Verlust einiger großer Gebiete mit Erdölvorkommen. Diesen Verlust konnte Russland aufgrund von Kapitalmangel und Infrastrukturproblemen bis ins erste Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts nicht wettmachen, obwohl es im Besitz von zehn Prozent der Welterdölreserven war. Moskau besaß keine ausreichenden Fähigkeiten mehr zu einer Machtprojektion, sei es im Sinne einer zügigen Intervention zugunsten eines wichtigen Klienten, eines Auftretens als Schutzmacht in regionalen arabischen Konflikten, oder als Anbieter niedrigverzinslicher Kredite. Die russischen Streitkräfte waren in teilweise desolatem Zustand, mit ihrer eigenen Reformierung und dem Tschetschenien-Problem ausgelastet. Sie waren daher kaum in der Lage, die Funktion eines zuverlässigen außenpolitischen Instrumentes wahrzunehmen.⁴

Im Unterschied zum bipolaren System des Kalten Krieges, in dem aus Sicht des Strukturalismus die Sowjetunion und der Westen bzw. die USA wohl jeweils Zentren in dependenten Zentrum-Peripherie-Beziehungen waren, war das postsowjetische Russland als potentielle Schutzmacht oder Hegemon in einer Patron-Klienten-Beziehung mit dem Nahen Osten bzw. einzelnen Staaten des Nahen Ostens bis auf weiteres ausgeschieden. Wenn man die internationalen Beziehungen der Region im ersten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts aus Sicht der Dependenztheorie betrachtet, mit den USA als einzig verbliebener Supermacht im Zentrum, hatte dies aus nahöstlicher Sicht zur Folge, dass wegen der vielseitigen Abhängigkeit des Nahen Ostens von den Vereinigten Staaten, nicht zuletzt auch im zentralen Nahostfriedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern bzw. der arabischen Welt, die Vereinigten Staaten in der Region unentbehrlich geworden waren. Das Resultat war, dass sich der Persische Golf, die Arabische Halbinsel und Saudi-Arabien fest in amerikanischer Einflussphäre, und nach der angloamerikanischen Intervention der Irak unter direkter politischer und militärischer Kontrolle der USA befanden.⁵ Im Zusammenhang mit der von Präsident Vladimir Putin akzeptierten Stationierung amerikanischer Streitkräfte in Zentralasien und der militärischen Kooperation der USA bzw. der NATO mit Georgien bedeutete dies für die russische Außenpolitik im Kontext ihres Strebens nach Verwirklichung einer multipolaren Weltordnung, dem Nahen Osten besonderes Augenmerk zu schenken.

Der erwähnte zweite Faktor, das neue geopolitische Umfeld der Russischen Föderation, seine neuen Grenzen und die Entwicklungen der unabhängigen postsowjetischen Nachbarstaaten ließen insbesondere den Südrand Russlands mit Kasachstan, dem Transkaukasus und den anderen vier neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens zu Hauptsorgen der russischen Sicherheitspolitik werden. Dazu kamen und kommen verschiedene sicherheitspolitisch relevante Vorgänge in der Nähe Russlands, die globale wie regionale, sowohl politische wie auch militärische Dimensionen hatten:

⁴Rubinstein, „The Middle East in Russia’s Strategic Prism“, 87, 89.

⁵Grigorij Kosač und Elena Melkumjan, „Bliznij vostok v rossijskoj vnešnej politike“, *Mirovaja ekonomika i mezhdunarodnye otnošenija*, No. 9, 2002: 40.

- Die Lage im Irak, vor wie nach dem Einmarsch der amerikanisch-britischen Koalition;
- Die explosive Lage in Nahost;
- Lücken im Nichtverbreitungsregime von Massenvernichtungswaffen;
- Der Kampf gegen den islamischen Extremismus und den internationalen Terrorismus.

Besonders letzterer Aspekt stand und steht bis heute in unmittelbarem Zusammenhang mit den problembeladenen Übergangsregionen an Russlands südlicher Grenze. Darüber hinaus nahmen beim Thema Extremismus und Terrorismus die arabisch-islamischen Staaten eine Schlüsselrolle ein, sowohl im negativen als auch im positiven Sinn. In unterschiedlichem Ausmaß stellten sie einerseits Nährboden für Fundamentalismus und Terrorismus dar, während andererseits ohne die Mitarbeit dieser Staaten der Anti-Terror-Kampf gar nicht möglich gewesen wäre.⁶ In diesem Zusammenhang sei der in Saudi-Arabien entstandene, fundamentalistische „Wahhabismus“ genannt, aus dem sich vornehmlich Osama bin Ladens Al Qaida rekrutierte,⁷ und der auch in Dagestan, Tadschikistan und Usbekistan Fuß gefasst hatte. Diese Schlüsselrolle, welche die islamischen Länder der Region in Bezug auf Entstehung und Bekämpfung von Terrorismus und Fundamentalismus einnahmen, wurde ergänzt von der Rolle des Iran und der Türkei. Beide Länder waren nicht nur als Handelspartner und Nachbarn wichtig für Moskau, oder mit Blick auf die Entwicklungen im Transkaukasus und in Zentralasien — in religiösen, kulturellen und ethnischen Dimensionen — sondern auch in Anbetracht des Konfliktes in Tschetschenien. Hinzu kamen wirtschaftliche und geopolitische Interessen wie zum Beispiel der Verlauf von Öl- und Gaspipelines.

Die russische Idee der Schaffung eines „security-hyperspace“,⁸ der geographisch Russland, den GUS-Raum, den Nahen Osten, Zentral- und Südasien, und methodisch eine stärkere und aktivere Rolle der Vereinten Nationen einschließen sollte, verdeutlicht wie wichtig Moskau Frieden und Stabilität im gesamten eurasischen Raum, den Nahen Osten eingeschlossen, als außenpolitische Ziele waren. Das Ziel einer verstärkten Zusammenarbeit sowohl mit den arabischen Staaten als auch mit Israel war daher eine logische Konsequenz. Die Diskrepanz zwischen diesen Zielen und den außen- und sicherheitspolitischen Möglichkeiten der Russischen Föderation,

⁶ Andrei Baklanov, „Russia and the Arab World Should Resume Dialog“, *International Affairs* (Moskau), No. 1, 2003: 38.

⁷ Vgl. Stephen Schwartz, „Ground Zero and the Saudi Connection“, *The Spectator*, 22.09.2001, 12–13, <http://archive.spectator.co.uk/article/22nd-september-2001/13/ground-zero-and-the-saudi-connection> (aufgerufen am 08.01.2024); Youssef M. Ibrahim, „Don't play into the hands of extremists: America, Saudi Arabia and Islam“, *International Herald Tribune*, 14.08.2002, [http://www.ihf.com/ihfsearch.php?id=67467&owner=\(Washington%20Post.\)&date=20020814153307](http://www.ihf.com/ihfsearch.php?id=67467&owner=(Washington%20Post.)&date=20020814153307) (am 13.12.2023 nicht mehr verfügbar); verfügbar unter: <https://www.mea.gov.in/articles-in-foreign-media.htm?dtl/16099/Dont++into+the+hands+of+extremists>.

⁸ Baklanov, „Russia and the Arab World Should Resume Dialog“, 38.

sowie die Konkurrenz von Werten, Interessen der entsprechenden Eliten und nationalstaatliche Interessen regionaler und globaler Akteure, ließen sie jedoch in weite Ferne geraten. Obwohl sich Moskaus geopolitischer Fokus mit dem Ende der Sowjetunion vom Nahen Osten nach Zentralasien und in den Transkaukasus verlagerte, und Russland aufgrund seiner eigenen Instabilität und begrenzter außenpolitischer Möglichkeiten oft ein wenig attraktiver Partner für die Nahoststaaten war,⁹ blieb es trotzdem ein ernstzunehmender externer Akteur im Nahen Osten.¹⁰ Dies hatte vier Gründe:

- Russland ist ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat;
- Eine nukleare Supermacht;
- Merkantilistisch motiviert und neben den Vereinigten Staaten, Deutschland und Großbritannien einer der Hauptexporteure von Waffen, Militärtechnologie und technischer Unterstützung, unter anderem an China, Indien, den Iran und in der Vergangenheit an den Irak;
- In der Polarregion im russischen Norden befinden sich enorme, zum Teil noch unerschlossene Energievorkommen.

3 Der Faktor Islam

Wie der Fall Irak beispielhaft zeigt, befanden sich die verschiedenen außen- und nahostpolitischen Ziele nicht nur in Konkurrenz zueinander, sondern auch in Abhängigkeit zum außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess und innenpolitischen Faktoren mit direkter ökonomischer und sicherheitspolitischer Relevanz für den russischen Staat. Die „Substanz“ der russischen Außenpolitik seit der ersten Präsidentschaft Vladimir Putins (2000–2008) lässt sich daher wie folgt beschreiben:

*Russia is working hard towards securing the most favorable positions inside the global partnership system so that to use them to maintain the adequate level of control across the territory of the Russian Federation (including the zone controlled by the terrorists in Chechnya) and preserve Russias influence along its borders within its geopolitical expanse.*¹¹

Der direkte Verweis auf das Tschetschenien-Problem bringt eine ursprünglich innenpolitische Thematik in direkten Zusammenhang zur Außenpolitik. Es ist jedoch

⁹Kosač und Melkumjan, „Bližnij vostok v rossijskoj vnešnej politike“, 45.

¹⁰Rubinstein, „The Middle East in Russia’s Strategic Prism“, 88–89.

¹¹Aleksei Bogaturov, „The Iraqi Crisis and the Imposed Consensus Strategy“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 2, 2003: 89 (Hervorhebung im Original).

nicht nur der russische Kampf gegen die tschetschenischen Rebellen und den Terrorismus, für den sich Moskau im Zuge des weltweiten Anti-Terror-Kampfes nach dem 11. September 2001 stärkeres internationales Verständnis erhofft hatte, der das Problem zu einem vorrangigen Gegenstand der russischen Diplomatie werden ließ. Das Tschetschenien-Problem ist ein Aspekt des umfassenderen Faktors Islam. Die demographische Komponente dieses Faktors besteht in den zwanzig Millionen muslimischen russischen Staatsbürgern, und wird durch die geographische Komponente in seiner sicherheitspolitischen Dimension verschärft. Die Rede ist von den muslimischen Landesteilen, wie dem Nordkaukasus, dem Süden Russlands sowie dem Ural. Abgesehen von dem prominentesten Beispiel der fundamentalistischen Gefahr, den Separatisten in Tschetschenien, stellte der Islam in Russland den russischen Staat vor potentielle und reale Gefahren. Diese richteten sich sowohl gegen die russische Verfassung, die territoriale Integrität Russlands, die Kontrolle Moskaus über seine „Föderationssubjekte“, aber auch gegen den sich in ständigen Herausforderungen befindenden Gesellschaftsvertrag dieses riesigen Vielvölkerstaates.

Mit kaum zu stillendem geopolitischen Appetit forderten radikale islamische Fundamentalisten in verschiedenen Varianten die Schaffung eines vom Scharia-Recht geprägten Kalifates — eine islamische nordkaukasische Republik, die Tschetschenien, Dagestan sowie Russlands andere westliche muslimische Republiken einschließen würde, bis hin zu einem solchen Staatsgebilde in Zentralasien. Folglich wurde der islamische Fundamentalismus als langfristige Gefahr für die Wolgaregion und den Ural wahrgenommen. Dies gewann dadurch an Brisanz, dass ein solcher Staat potentiell das Schwarze mit dem Kaspischen Meer verbinden würde und darüber hinaus ideologische wie finanzielle Verbindungen der Fundamentalisten in die Golfstaaten, Saudi-Arabien und zur Al Qaida bestanden. Dazu kamen die bereits erwähnten zwanzig Millionen Angehörigen verschiedener muslimischer Nationalitäten im Süden Russlands: ethnische Tartaren, Baschkiren, Tschetschenen und Angehörige verschiedener Volksgruppen in Dagestan. Der Islam als grenzüberschreitende Identität hat südlich der russischen Südgrenze achtzig Millionen in erster Linie turkstämmige Anhänger.¹² Der Versuch regionaler „Landesfürsten“, im Widerstreit zu föderalem Recht per Konstitution oder Dekreten Scharia-Recht einzuführen — wie in Tschetschenien und Inguschetien geschehen, etwas das in letzter Konsequenz je nach Koranauslegung einen Jihad gegen die „Ungläubigen“ und den liberal-säkularen Staat legitimieren könnte — verdeutlichte die Gefahr einer religiös-separatistischen Herausforderung für die Souveränität und den territorialen Zusammenhalt der Russischen Föderation.¹³

Der Stellenwert, der diesen Gefahren eingeräumt wurde, wurde unter anderem von der Schaffung des Anti-Terror-Zentrums der Gemeinschaft Unabhängiger Staa-

¹² Ariel, Cohen, „Russia, Islam, and the War on Terrorism: An Uneasy Future“, *Demokratizatsiya* 10, No. 4 (Fall 2002): 558–561.

¹³ Cohen, „Russia, Islam, and the War on Terrorism: An Uneasy Future“, 560–561.

ten (GUS) in Bischkek, dem 2002 auch China beitrug, untermauert. Aussagekräftig war auch Putins Überlegung vom Sommer 2003, der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) beizutreten.¹⁴ Ein weiteres Beispiel war der Besuch Putins beim Gipfeltreffen der OIC in Malaysia im Oktober 2003 mit einer großen Delegation muslimischer Beamter der Moskauer Regierung und Regierenden der überwiegend muslimischen Föderationssubjekte wie Tschetschenien, Baschkortostan, Kabardino-Balkarien und Tatarstan, unterstützt durch den russischen Außenminister Igor Iwanow. In seiner Rede bei diesem Gipfeltreffen, welches vom malaysischen Gastgeber mit antisemitischen Tönen eröffnet wurde, betonte Präsident Putin, die muslimische Bevölkerung sei ein integraler und geachteter Teil Russlands und der Islam dürfe nicht mit Terrorismus oder Extremismus gleichgestellt werden. Ebenso forderte er, dass die OIC eine weltpolitische Rolle spielen sollte.¹⁵

Diese versöhnlichen Töne gegenüber den Regierungsvertretern islamischer Staaten waren sicherlich dazu gedacht, das durch Tschetschenien, den Anti-Terror-Kampf und die angloamerikanische Intervention im Irak angespannte Verhältnis zur islamischen Welt zu entspannen und dem Fundamentalismus und Terrorismus keinen Nährboden zu liefern. Ebenso sollten die Beziehungen Russlands mit den islamischen Ländern verbessert werden; ob dies Wirtschaftsinteressen zugutekommen konnte, müsste an anderer Stelle untersucht werden. Der Multipolarität ist man in Malaysia nicht wirklich näher gekommen, da aufgrund der Rivalität der wichtigsten OIC-Mitgliedstaaten (Saudi-Arabien, Iran und Pakistan) und deren konkurrierenden Beziehungen zum amerikanischen Hegemon auch Putins Aufruf die OIC kaum in einen weltpolitischen „Faktor“ zu verwandeln vermochte.

4 Die russischen Interessen im Nahen Osten

Zusammenfassend ließen sich folgende vier regionale Koordinaten für die Bestimmung russischer Interessen im Nahen Osten und der jeweiligen Prioritäten festhalten:

- Der Wunsch nach Stabilität in einer explosiven Region in direkter Nachbarschaft zu Russland (Zentralasien, Kaukasus, Mittelmeerraum, Schwarzes Meer, Kaspische Region);
- Die Bewältigung der großen Herausforderungen der internationalen Politik: Terrorismus, islamischer Fundamentalismus, „Soft Security“ (z.B. Drogenschmuggel und -kriminalität);

¹⁴ Allerdings erfüllte Russland nicht die damaligen Aufnahmekriterien, d.h. einen muslimischen Bevölkerungsanteil von mindestens fünfzig Prozent, oder ein muslimisches Staatsoberhaupt, oder die Scharia als Rechtsordnung zu haben. 2005 erhielt Russland bei der OIC den Beobachterstatus.

¹⁵ *RFE/RL Newslines*, „Putin Rejects Attempts to Equate Islam with Terrorism... While at OIC Summit with Large Muslim Delegation... And Downplays Anti-Semitic Tone of Host's Speech“, 17.10.2003, <https://www.rferl.org/a/1143024.html> (letzter Aufruf am 08.01.2024).

- Der Faktor Islam in Russland: zwanzig Millionen Muslime, muslimische Landesteile;
- Die Wiedergewinnung und Ausbau regionaler wirtschaftlicher Positionen, zum Beispiel im Energiesektor oder bei Rüstungsgeschäften.

Hinzu kamen vier weitere, übergeordnete außenpolitische Ziele:

- Eine russisch-amerikanische, wenn möglich ebenbürtige, Partnerschaft;
- Die Schaffung von internationalen Bedingungen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands förderlich sein sollen;
- Das Überwinden einer von den USA dominierten unipolaren Welt sowie die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen;
- Der Ausbau der russischen internationalen Position und des russischen Prestiges, welches als direkt mit der Bedeutung der Vereinten Nationen verbunden gesehen wurde.

Diese konkurrierenden Ziele wurden oft gleichzeitig angestrebt, da nicht immer klare Prioritäten gesetzt wurden. Dies ist unter anderem am Verhalten Russlands während der Irak-Krise und an den russisch-iranischen Beziehungen vor dem Hintergrund des Wunsches nach einer starken russisch-amerikanischen Partnerschaft zu beobachten.¹⁶

5 Der 11. September und der Anti-Terror-Kampf

Putins Politik der Solidarität mit den USA nach den Anschlägen auf New York und Washington, D.C. im September 2001 und seine Unterstützung der USA im Anti-Terror-Kampf und im Krieg gegen die Taliban in Afghanistan bot Moskau und dem Westen die einmalige Möglichkeit, Russland stärker in den Westen zu integrieren und besonders das Verhältnis Russlands zur NATO und zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. Vor dem Hintergrund der mit dem Ende des Kalten Krieges einhergehenden Verlust von Prestige und einer mit den USA ebenbürtigen Großmachtstellung hatte die russische Unterstützung des Krieges gegen die Taliban sowohl operativen politischen als auch symbolischen Wert. Russland, das die Gefahr eines unnachgiebigen Fundamentalismus erkannt hatte, bot weitgehende operative Unterstützung an und rang sich zu wichtigen Zugeständnissen durch: Moskau unterstützte die Nordallianz, bot Rettungskapazitäten auf, arbeitete auf nachrichtendienstlicher Ebene mit

¹⁶Kosač und Melkumjan, „Bližnij vostok v rossijskoj vnešnej politike“, 38–47; Stephen Blank, „The Post-Soviet States and the Post-Saddam Middle East“, *MERIA* 7, No. 2 (June 2003): 5–7; Robert O. Freedman, „Putin and the Middle East“, *Demokratizatsiya* 10, No. 4 (Fall 2002): 524.

den USA zusammen und verhalf Amerika zu Überflugrechten und militärischen Stützpunkten in Usbekistan, Tadschikistan und anderen zentralasiatischen GUS-Staaten.

Die Vorteile, die sich Putin von seiner Unterstützung für die USA erhoffte, lagen zu einem Teil in einer größeren Nachsicht des Westens gegenüber dem russischen Vorgehen in Tschetschenien. Russland gab sich, die Gelegenheit der gemeinsamen Bekämpfung des vermeintlich selben „Feindes“ nutzend Mühe, den 11. September mit Tschetschenien in Verbindung zu bringen. Die russische Führung argumentierte, dass sowohl Bin Laden als auch die tschetschenischen Separatisten von denselben islamistischen Kreisen finanziert würden. Moskau versuchte damit zu suggerieren, dass das Talibanproblem nur unter Einschluss des Tschetschenien-Problems zu lösen sei. In diesem Zusammenhang sei auf Moskaus Hoffnung auf amerikanische Zustimmung zur russischen Bekämpfung tschetschenischer Rebellen, die in Georgiens abtrünnige Provinz Abchasien geflohen waren und die Enttäuschung über die Sendung amerikanischer Militärberater nach Tiflis, hingewiesen.¹⁷ Hinzu kamen jedoch noch andere Vorteile, die die Zusammenarbeit mit den USA und dem Westen mittel- und langfristig stärken sollte: -mehr ausländische Investitionen, einen größeren Anteil am globalen Energiemarkt wie auch ein gestiegenes internationales Ansehen.

Der symbolische und politische Wert von Putins Politik lag vor allem in einer von Russland angenommenen „natürlichen“ Übereinstimmung russischer und amerikanischer Interessen. Eine solche Interessenskonvergenz sollte sich aus russischer Sicht demnach als ideologiefreie Basis für eine strategische Annäherung anbieten. Auf Dauer böte eine starke Kooperation mit Washington Moskau das Potential, als Alternative zu den Erdöl- und Erdgasexporteuren des Nahen Ostens ins Geschäft zu kommen. Für die USA wiederum hätte sie eine Möglichkeit darstellen können, ihre ökonomische und politische Abhängigkeit vom Persischen Golf zu reduzieren.¹⁸ Die durch die Terrorangriffe vom 11. September 2001 hervorgerufene „Kollision geopolitischer und kulturell-religiöser Platten“¹⁹ brachte Putin aus moralischen und pragmatischen Gründen auf einen konstanten Pfad der strategischen Annäherung mit den USA. Obwohl er dabei substantielle geopolitische Zugeständnisse machte, blieb er trotzdem der Juniorpartner. Dennoch eröffnete er damit der russischen Außen- und Innenpolitik neue Handlungsspielräume. Bogaturov beobachtete 2002: „Today, America is demonstrating more tolerance than ever to Russias politics in the neighboring countries, in the Middle East and to Russia’s treatment of the human rights issue.“²⁰ Trotzdem waren nicht alle Bestrebungen Moskaus, den internationalen Anti-Terror-Kampf für seine eigenen außen- und innenpolitischen Ziele zu nutzen, von Erfolg gekrönt. Infolge dieser Enttäuschung durch Washingtons Kurs relativierte Russland

¹⁷Kyrill Benediktow, „Russische Aussenpolitik zwischen Krieg und Frieden“, *Wostok*, No. 2 (April–Juni 2003): 8.

¹⁸Cohen, „Russia, Islam, and the War on Terrorism: An Uneasy Future“, 563–564; Manfred Sapper, „Ein schwieriger Balanceakt: Russlands Irakpolitik in Zeiten des Anti-Terror-Kampfes“, *Osteuropa* 52, No. 12 (2002): 1543–1544.

¹⁹Cohen, „Russia, Islam, and the War on Terrorism: An Uneasy Future“, 566.

²⁰Bogaturov, „The Iraqi Crisis and the Imposed Consensus Strategy“, 88.

seine Politik der Westorientierung. Auch sollten Streitfragen bzgl. des Irak und des Iran weiterhin ein Ärgernis für die russisch-amerikanischen Beziehungen darstellen. Dies erschwerte es zunehmend für Russland, die eigenen Interessen im Nahen Osten mit der angestrebten russisch-amerikanischen Partnerschaft im Gleichgewicht zu halten.

6 Der Iran, der Irak und die Türkei in der russischen Nahostpolitik nach dem 11. September 2001

In Bezug auf den Iran ergab sich mit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 die Herausforderung, Moskaus Interesse am iranischen Waffenmarkt nach der Einordnung des Iran in die „Achse des Bösen“ durch den amerikanischen Präsidenten George W. Bushs in Einklang mit dem Ziel einer strategischen Partnerschaft mit den USA zu bringen. Moskau betrachtete seine Waffenverkäufe an den Iran als wichtig genug, um im November 2000 das Gore-Tschernomyrdin-Abkommen von 1995, das die russischen Waffengeschäfte auf die Erfüllung bestehender Verträge beschränken sollte, außer Kraft zu setzen und damit Washington vor den Kopf zu stoßen. Amerikas Einordnung des Iran als Teil der „Achse des Bösen“ erhöhte die Wahrscheinlichkeit eines Militärschlages gegen den Iran als Förderer des Terrorismus wie auch als Staat, der nach Massenvernichtungswaffen strebt. Ein solche Intervention hätte Putin vor eine schwere Wahl gestellt. Das russisch-iranische Abkommen vom März 2001 allerdings sah keine Beistandverpflichtung im Falle eines Kriegs mit einem Drittstaat, sondern nur die Unterlassung von Hilfeleistung zugunsten des Dritten vor. Die geopolitische Nachbarschaft, Verträge über Waffengeschäfte und Nuklearreaktoren als auch die iranische Unterstützung für die russische Diplomatie bei regionalen Problemen wie Afghanistan und Tadschikistan machten den Iran zum wichtigsten russischen Partner in Nahen Osten. Auch im Tschetschenien-Konflikt verhielt sich der Iran zur Zeit seiner Präsidentschaft der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) neutral und bezeichnete den Konflikt als innere Angelegenheit Russlands.²¹ Moskaus Bestimmtheit in seinen Beziehungen und die ungebrochene Kooperation mit dem Iran trotz aller internationalen Kritik an beiden Ländern ließ sich durch eine Stellungnahme der russischen Regierung im Oktober 2003 verdeutlichen. Verteidigungsminister Sergej Ivanov verurteilte den Versuch, „Russland vom iranischen Markt zu verdrängen“ und gab die Fortführung der russisch-iranischen Nuklearkooperation und des Baus des Atommeilers Buschehr bekannt.²²

²¹Freedman, „Putin and the Middle East“, 510–514, 522–524.

²²<http://www.rferl.org/newsline/2003/10/141003.asp> (am 08.01.2024 nicht mehr verfügbar); vgl. „Russia: Ivanov In Iran Amid Warming Bilateral Ties“, *RFE/RL*, 11.03.2003, <https://www.rferl.org/a/1102480.html> (zuletzt aufgerufen am 08.01.2024).

Im Vergleich hierzu sah die Situation mit dem Irak noch etwas komplizierter aus. Es ergaben sich zweierlei Problemstellungen. Erstens, mit dem Widerstand gegen ein schärferes Verifikationsregime riskierte Moskau einen amerikanischen Angriff auf den Irak. Zweitens stellte der Irak als Anführer der „Achse des Bösen“ angesichts eines möglichen amerikanischen Militärschlages zwecks Regimewechsel die russische Führung vor eine schwierige Wahl. Zu den wichtigsten russischen Zielen im Irak gehörte die Rückzahlung von Bagdads Verbindlichkeiten aus russischen Krediten in Höhe von sieben bis acht Milliarden US-Dollar. Die lukrativen Verträge, die russische Firmen mit dem Irak abgeschlossen hatten, zu deren Erfüllung es jedoch einer Aufhebung der Sanktionen bedurft hätte, sollten in der folgenden Irak-Krise noch hohe Anforderungen an die russische Diplomatie stellen. Moskau war auch mit dem Anbruch einer strategischen Partnerschaft mit den USA weiterhin an dem finanziellen Gewinn aus den Verkäufen von Waffen und Nuklearreaktoren in den Iran und von Erdgas in die Türkei, aus der Erdölgewinnung in Aserbaidschan zu Gunsten einer Restrukturierung und Modernisierung der russischen Wirtschaft interessiert. Russlands Suche nach Möglichkeiten der Erschließung von Erdöl- und Erdgasdepots im russischen Sektor des Kaspischen Meeres, sowie die Bereitschaft Moskaus, Meinungsverschiedenheiten mit dem Iran in Kauf zu nehmen, um dafür die Beziehungen zu Aserbaidschan zu verbessern, unterstrich die Dringlichkeit finanzieller Aspekte in der russischen Politik zur kaspischen Region.²³

Die Türkei, die im untersuchten Zeitraum neben Israel Russlands wichtigster Handelspartner im Nahen Osten war, versinnbildlicht die finanziellen Prioritäten in Moskaus Nahostpolitik. Trotz der unterschiedlichen Positionen gegenüber dem Tschetschenien-Konflikt wog Kooperation stärker als Konfrontation. Der Besuch des russischen Regierungschefs Michail Kasjanov in Ankara im Jahr 2000 und die russische Unterstützung für die „Blue Stream“-Erdgas-Pipeline untermauerte die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ankara und Moskau, die die stärkste Motivation für die bilateralen Beziehungen darstellte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Putin im Grunde genommen die Nahostpolitik seines Amtsvorgängers Boris Jelzin weiterführte; dessen Politik war von einer Zusammenarbeit mit dem Iran und Irak trotz möglicher Spannungen mit den USA und von wirtschaftlicher Kooperation mit der Türkei charakterisiert. Der 11. September 2001 jedoch brachte diese Politik in einen Konflikt mit dem Ziel der Verbesserung der russischen Beziehungen zu den USA.²⁴

²³Freedman, „Putin and the Middle East“, 522–524.

²⁴Freedman, „Putin and the Middle East“, 522–524.

7 Russland und der Irak

Präsident Putin hatte von seinem Amtsvorgänger Jelzin drei Hauptziele im Irak geerbt:

1. Das Erreichen der Rückzahlung der sieben bis acht Milliarden US-Dollar Kreditschulden;
2. Das Verfolgen wichtiger Wirtschaftsinteressen im Irak, repräsentiert durch russische Ölgesellschaften und Gazprom;
3. Die sich hieraus ergebende Notwendigkeit einer teilweisen oder vollständigen Aufhebung der Sanktionen, um russischen Firmen die Ausführung ihrer Verträge wieder zu gestatten.

Wie bereits erwähnt, sah sich Putin seit seiner Amtsübernahme der Gefahr einer amerikanisch-britischen Intervention gegen den Irak, die sich im Frühjahr 2003 verwirklichte, ausgesetzt. Der angloamerikanische Luftschlag gegen den Irak im Dezember 1998 war nur ein Gesichtsverlust für Moskau gewesen, da es Russland nicht gelungen war, seinen nahöstlichen Partner zu schützen — wurde doch die russische Diplomatie von der amerikanischen Außenministerin Madeline Albright gerne als „Saddams Anwälte“ bezeichnet.²⁵ Nach dem Beginn von Putins Amtszeit als Premierminister 1999 forderte Moskau eine neue Resolution des Sicherheitsrates. Bei der Abstimmung über die Resolution 1284, die schließlich angenommen wurde und mit UNMOVIC (United Nations Monitoring, Verification and Inspection Commission) ein neues Inspektionsregime schuf, enthielt sich Russland, zusammen mit Frankreich, China und Malaysia der Stimme. Es lehnte jedoch Bagdads Forderung nach einem Veto ab. Daraufhin war Bagdad bemüht, amerikanischen Ölfirmen Konzessionen anzubieten, wenn diese dafür Druck auf die US-Regierung ausübten. Vermutlich wegen der internationalen Isolation des Irak beschloss Bagdad, mit einem Vertrag mit der russischen Firma Technoprom Export über vierhundertneunzehn Millionen US-Dollar den Bau eines Kraftwerkes, der durch den Golfkrieg und die Sanktionen unterbrochen worden war, wiederaufzunehmen.

Bei der Wahl des Vorsitzenden von UNMOVIC waren Moskaus Bemühungen für Hans Blix, dessen Wahl von den USA als Schwächung des Inspektionsregimes betrachtet wurde, erfolgreich. Allerdings wurde das Inspektionsregime im September 2002 wegen Widerständen aus Bagdad und Washington unwirksam. Russland begann, mit breiter Unterstützung aus der arabischen Welt, die Sanktionen flexibel auszulegen. Um die Kooperationsbereitschaft der irakischen Führung zu erhöhen,

²⁵Stephen Sestanovich, „Dual Frustration: America, Russia, and the Persian Gulf“, *The National Interest*, No. 70 (Winter 2002/03): 153.

unterstützte Russland sogenannte „humanitäre Flüge“ nach Bagdad und empfahl ein Ende der amerikanisch-britischen Überwachungsflüge.

Mit dem Antritt der neuen amerikanischen Regierung Anfang 2001 wurde Moskau vor neue Herausforderungen gestellt. Präsident George W. Bushs Luftschläge gegen irakische Radarstellungen und Luftabwehrbefehlsstände verärgerte die arabische Welt genauso wie Amerikas Heraushalten aus dem Nahostkonflikt im israelisch-arabischen Kontext. Die Bemühungen des amerikanischen Außenministers, General Colin Powell, eine Politik der „intelligenten Sanktionen“ („smart sanctions“) gegen den Irak durchzusetzen, ernteten harsche Kritik aus Moskau. Duma-Sprecher Genadij Seleznev forderte die Aufhebung der Sanktionen. Saddam Hussein drohte russischen Firmen (Lukoil, Zarubezhneft, Maschinoimport) mit der Annullierung ihrer Verträge, wenn sie nicht unter Umgehung der Sanktionen mit der Entwicklung der Ölfelder begännen. Putin lie sich nicht einschüchtern, verweigerte aber weiterhin die Kooperation mit den Briten und den Amerikanern bei deren Versuch, das Verifikationsregime „intelligenter“ zu gestalten. Moskau schien keinen offenen Druck auf Bagdad auszuüben und versprach dem Irak, auf die Aufhebung der Sanktionen hinzuarbeiten.

Sergej Lavrov, Russlands damaliger Vertreter im Sicherheitsrat, drohte im Juni 2001 mit einem Veto. Er schlug einen Alternativplan vor, der das Inspektionsregime schwächen sollte. Dazu forderte er die Wiederherstellung der Kontrolle Bagdads über die Erlöse aus den irakischen Erdölverkäufen. Infolge wurden zum einen das „Oil-for-Food“-Programm um fünfeinhalb Monate verlängert. Des Weiteren zogen die USA und Großbritannien ihren Resolutionsentwurf zurück, was für Moskau und Bagdad einen taktischen Sieg darstellte.

Mit Putins übergeordnetem Ziel der Restrukturierung der russischen Wirtschaft wurde der Aspekt geschäftlicher Vorteile stärker in die russischen Interessen im Irak einbezogen. Berichten zufolge wurden in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 mit dem Irak Verträge über 1,85 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, während der Irak sechzig Prozent des russischen Handels mit der arabischen Welt ausmachte. Nach dem 11. September 2001 forderte US-Präsident George W. Bush den Irak auf, die Waffeninspektoren wieder ins Land zu lassen, um die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen überprüfen und damit gewaltsame Maßnahmen vermeiden zu können. Präsident Bushs Drohung kam zu einer Zeit, als die USA und Russland Verhandlungen über eine sechsmonatige Verlängerung des „Oil-for-Food“-Programmes führten. Nach dem 11. September 2001 versuchte Iraks Herrscher Saddam Hussein in Russland Unterstützung zu gewinnen und bot russischen Ölonternehmen an, zusätzliche Ölfelder zu erschließen. Das Angebot wurde jedoch von Putin ignoriert. Mit steigendem amerikanischem Druck auf Bagdad und vor dem Hintergrund der einseitigen amerikanischen Kündigung des ABM-Vertrages warnte Putin die USA vor einem Krieg gegen den Irak und zweifelte die Richtigkeit der von Bush unterstellten

finanziellen Beziehungen zwischen dem sogenannten „Schlächter von Bagdad“ und Osama bin Laden an. Präsident Bushs Rede zur Lage der Nation im Januar 2002, in der er den Irak der „Achse des Bösen“ zuordnete, gab der russischen Führung eine Ahnung davon, wie schwierig es werden würde, ihre verschiedenen wirtschaftlichen, regionalen und prinzipiellen Ziele im Falle eines bevorstehenden Krieges gegen den Irak miteinander in Einklang zu bringen.²⁶

8 Die russische Politik vor und während des Irak-Krieges

Ein russischer Beobachter, Aleksandr Lukin, beschrieb 2003 Russlands Strategie während der Irak-Krise im Sinne einer flexiblen, situativ angepassten Maximierung russischer Interessen, politischer wie wirtschaftlicher:

*Moscow is gradually mastering this art: [...] not to be overfriendly or hostile, borrow from each of the partners what it needs and clearly outline the narrow sphere of Russia's national interests worth of aggravating relations with the outside world. Russia badly needs this sort of pragmatism. Moscow followed this course during the Iraqi crisis and there are grounds to believe that it will follow it in future. [...] There will be no obvious enemies and no obvious allies while coalitions will acquire an ad hoc nature. Russia will have to find a place of its own in this world and a possibility of ensuring its economic development.*²⁷

Russlands Irakpolitik vor und während des Irakkrieges ließ sechs Ziele erkennen, die teils in einer Spannung zueinander standen:

- Die Schaffung einer multipolaren Welt;
- Der Ausbau der russisch-amerikanischen Partnerschaft;
- Das Vermeiden negativer innenpolitischer und volkswirtschaftlicher Folgen eines Krieges gegen den Irak;
- Die Rückzahlung der Kredite über sieben bis acht Milliarden US-Dollar durch den Irak;
- Der Fortführung der russischen „Oil-for-Food“-Verträge;
- Die Anerkennung der Gültigkeit russischer Ölförderverträge mit Bagdad.²⁸

²⁶Freedman, „Putin and the Middle East“, 514–519.

²⁷Aleksandr Lukin, „Russia, the U.S., China and the Iraqi Conflict“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 20–21.

²⁸Mark N. Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, *Middle East Policy* X, No. 3 (Fall 2003): 43–55.

Es war eines der politischen Ziele Moskaus, mit dem formlosen deutsch-französisch-russischen Bündnis den ersten Schritt zur Schaffung einer multipolaren Weltordnung zu gehen, sowie der als „Hypermacht“ betrachteten Vereinigten Staaten „Paroli zu bieten“. Das „einseitige“ Vorgehen der USA, das Moskau zu schaffen machte, schloss die NATO-Osterweiterung, die von den USA geführte Intervention im Kosovo, sowie den amerikanischen Ausstieg aus dem ABM-Vertrag mit ein. Die Rede von Präsident George W. Bushs vor der UN-Vollversammlung im September 2002, die keinen Zweifel an einer amerikanischen Intervention, ob mit oder ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrates, ließ, wurde in Moskau und Westeuropa negativ aufgenommen. Die starke Opposition Deutschlands und Frankreichs lieferte Moskau die Gelegenheit, sich gegen die USA zu stellen, ohne sich dabei in Isolation zu begeben. Im Herbst 2002 gelang es dieser spontanen Koalition, eine „Zwei-Resolutionen-Lösung“ im Weltsicherheitsrat durchzusetzen, die zur einstimmigen Annahme der Resolution 1441 im November 2002 führte; die Resolution forderte eine Rückkehr der Inspektoren. Da die Berichte der Inspektoren keine „erhebliche Verletzung“ der Resolution konstatierten, hatten Frankreich, Deutschland und Russland gute Karten, einen Militärschlag gegen den Irak zu verhindern. Die daraus resultierende Verschlechterung der Beziehungen Paris’ und Berlins mit Washington, die wesentlich dramatischer verlief als zwischen Moskau und Washington, ließ Russland darauf spekulieren, als möglicher Vermittler zwischen den Europäern und Amerikanern an strategischem Profil gewinnen zu können.

Die amerikanisch-britische Invasion wurde von beiden Mächten als völkerrechtlich legitim betrachtet; diese Einschätzung wurde jedoch international abgelehnt, unter anderem von Russland, aber auch von westlichen Partnern. Jedenfalls ließ die Intervention die neue multipolare Welt ins Abseits geraten. Hinzu kam, dass die engeren russischen Beziehungen mit Deutschland und Frankreich nur begrenzten Wert hatten, da Frankreich, Deutschland und die Europäische Union sich ihrer Kritik an der russischen Handhabung des Tschetschenien-Konfliktes nicht enthielten. Ebenso förderten sie weder die Abschaffung der Visabestimmungen für Kaliningrad noch die Annäherung Russlands an die Europäische Union. Im Endergebnis konnte es die „Dreierkoalition“ nicht schaffen, den USA „Paroli zu bieten“; auch in den anderen genannten Bereichen war dieses Zweckbündnis für Moskau nur von geringem Nutzen.²⁹ Die gemeinsame „Nachkriegsposition“ dieser drei Länder, die eine rasche Übertragung der Regierungsgewalt an den Irak forderten, sprach dieselbe Sprache der Machtlosigkeit den USA gegenüber.

Das Versagen des Dreierbundes lag vor allem in der Bedeutung der jeweiligen unterschiedlichen Beziehungen zu Amerika begründet. Moskaus Hoffnung auf eine „Partnerschaft unter Gleichen“ hatte mit dem 11. September 2001 neuen Auftrieb

²⁹Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 45–46.

bekommen. Während der Irak-Krise versuchte die russische Diplomatie amerikanische Zugeständnisse zu erreichen; diese sollten die Anerkennung der Gültigkeit bestehender russisch-irakischer Verträge und die Begleichung irakischer Kreditschulden an Moskau durch das Nachkriegsirak einschließen. Russland versuchte ebenfalls, das Einverständnis Washingtons zu einer russischen Intervention in Georgien ohne UN-Mandat zu erhalten. Im Gegenzug für die russische Unterstützung für Amerika im Weltsicherheitsrat sollten die USA ihre Kritik an den russischen Verkäufen von Atomreaktoren an den Iran aufgeben. Der ablehnende Bescheid Amerikas hierauf traf dann auf die Gelegenheit, mit Deutschland, Frankreich und anderen Kriegsgegnern gegen die USA „mobil zu machen“.

Moskau war jedoch bis zuletzt darum bemüht, sich alle Optionen offen zu halten. Präsident Putin schien bis zum Kriegsbeginn zu einer Zusammenarbeit mit den USA bereit und lobte die harte Position der Amerikaner, ohne die die Zusammenarbeit beim Thema Irak nicht hätte gewährleistet werden können. Im Februar 2003 schickte Putin den ehemaligen russischen Premierminister und Orientkenner Evgenij Primakov zusammen mit dem Leiter der Präsidialverwaltung, Aleksandr Voloschin, in den Irak, um in Erfahrung zu bringen, was Russland vom Irak als Gegenleistung für seine Unterstützung erhalten würde.³⁰ Obwohl Putin den Irak-Krieg als „großen politischen Fehler“ bezeichnete,³¹ war klar, dass „eine Verschlechterung der Beziehungen mit den Vereinten Staaten nicht in Russlands strategischem Interesse [war], so dass Moskau keine drastischen Gegenmaßnahmen plant[e]“.“³²

Während des Irak-Krieges gaben drei Angelegenheiten Russland Anlass zur Sorge: der amerikanische Vorwurf, russische Firmen würden entgegen UN-Sanktionen Waffen an Bagdad verkaufen; die russische Beschuldigung, Amerika würde entlang der georgisch-russischen Grenze Aufklärungsflüge unternehmen; sowie der Feuerüberfall amerikanischer Streitkräfte auf einen diplomatischen Konvoi mit Russlands Irak-Botschafter Vladimir Titorenko an der Spitze, der sich auf dem Weg nach Syrien befand.³³ Keines dieser Probleme konnte jedoch die russisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen empfindlich stören. Auch nach Ende der Kriegshandlungen versuchte Moskau, den Nachkriegsplänen der USA zu widerstehen und forderte eine UN-Verwaltung für das Land. Russland unterstützte im Mai 2003 dennoch die UN-Resolution 1483, die die USA und Großbritannien als Besatzungsmächte anerkannte und die Wirtschaftssanktionen aufhob, ohne die Abwesenheit von Massenvernich-

³⁰Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 46–47.

³¹„The Russian Federation President Vladimir Putin’s Statement on the U.S. Attack against Iraq“, *Kommersant*, 21.03.2003, S. 3 (*RusData Dialine — Russian Press Digest*, 21.03.2003). Zitiert nach Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 47.

³²Ilya Bulavinov, „The U.N. Will Survive Everything“, *Kommersant*, 19.03.2003, S. 10 (*Current Digest of the Post-Soviet Press/CDPSP*, 16.04.2003, S. 1–4). Zitiert nach Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 47.

³³Vladimir Titorenko, „Ambassador to Baghdad Testifies“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 23–31.

tungswaffen offiziell feststellen zu lassen.³⁴

Ein weiterer Aspekt der russischen Irakpolitik war die Sorge um die volkswirtschaftlichen und innenpolitischen Konsequenzen eines Krieges im Irak. Dies ließ sich unter anderem durch die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Energieexporten sowie die vergleichsweise hohen russischen Produktionskosten erklären; der Anstieg oder Fall des Preises für ein Barrel Öl um einen US-Dollar führte zu einem Anstieg oder Verminderung des russischen Bruttoinlandsproduktes um 0,35 Prozent.³⁵ Ein von UN-Sanktionen befreites und ölförderndes Irak hätte die Wahrscheinlichkeit niedriger Ölpreise erhöht. Das fehlgeschlagene Bemühen Moskau, die USA nach dem Krieg zur Anerkennung der russischen Ölförderverträge mit Bagdad zu bewegen, die den erwarteten volkswirtschaftlichen Verlust und die negativen Konsequenzen auf den Staatshaushalt teilweise hätten ausgleichen können.

Die Frage nach dem generell verhaltenen Einfluss, den die russische Innenpolitik und öffentliche Meinung auf die Irakpolitik hatte — bzw. nach der Instrumentalisierung der Öffentlichkeit — ergibt ein unklares Bild. Die russische Öffentlichkeit war durchgehend gegen eine Intervention. Einer Umfrage vom Februar 2003 gemäß bevorzugten sechzig Prozent der Öffentlichkeit, dass Russland sich aus dem Konflikt heraushalte; fünfundvierzig Prozent betrachteten die USA als „Agressor“ und einundsiebzig Prozent als „Gefahr für den Weltfrieden“, während dreiundvierzig Prozent im Irak keine Bedrohung sahen.³⁶ Die Wirtschaftselite schien eine neutrale Position Moskaus zum Krieg zu bevorzugen.³⁷ Die russische Staatsduma bezeichnete die angloamerikanische Intervention als „Aggression“ und verschob auf Geheiß von Außenminister Igor Ivanov die Ratifizierung des Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT) vom Mai 2002, die aber eindeutig im russischen Interesse war und im Mai 2003 letztendlich doch noch vollzogen wurde.³⁸ Die amerikafeindliche öffentliche Meinung, zusammen mit den bevorstehenden Duma-Wahlen im Dezember 2003 und der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2004, schienen das Verhalten Moskaus erklären zu können. Dazu kommt noch Putins Erklärung, zwanzig Millionen Muslime im Land würden es ihm nicht gestatten, gegen ein islamisches Land vorzugehen. Dies veranlasste einen russischen Beobachter zu folgender Aussage: „Wieder einmal erweist sich die russische Außenpolitik gefangen in ihrer Innenpolitik, deren wundester Punkt der Kampf gegen den tschetschenischen Separatismus ist. Vielleicht bestimmt ja gerade dieser Krieg gegen den inneren Feind den außenpolitischen Kurs Russlands der nächsten Jahre?“³⁹

³⁴Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 47–48.

³⁵Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 51.

³⁶Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 51–52.

³⁷Rose V. Gottomoeller, „The Russian Elite and Iraq: An Unexpected Picture“, in: *Iraq: A New Approach* (Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, August 2002), 1–5 (33–36), <https://carnegieendowment.org/pdf/files/Iraq.Report.pdf> (zuletzt aufgerufen am 08.01.2024).

³⁸Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 51.

³⁹Benediktow, „Russische Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden“, 11.

Andere Indizien sprechen jedoch dafür, dass Putin die öffentliche Meinung zur Legitimation seines Kurses instrumentalisierte. Darunter fallen Erklärungen der russischen Führung, Moskau würde seinen Widerstand im Weltsicherheitsrat gegen die USA aufgeben, wenn diese Russlands Wünschen entgegenkämen; Putins rechtzeitige Distanz zu Saddam Husseins Regime;⁴⁰ die Unterbidndung einer antiamerikanischen Resolution in der russischen Staatsduma; oder das unerwartete Interesse Moskaus an der Meinung der russischen muslimischen Bevölkerung. Hinzu kam, dass die russische Öffentlichkeit im Vergleich zur westeuropäischen passiv blieb und ihren Protest kaum auf die Straße trug.

Auf dem Gebiet wirtschaftlicher Interessen hat Moskau mit seiner Politik des gleichzeitigen Handelns mit Bagdad und dem Ersuchen eines Tauschgeschäftes mit den USA — einer Unterstützung im Weltsicherheitsrat gegen materielle Anerkennung der russischen Ölinteressen — nur wenig gewinnen können: die Anerkennung noch nicht erfüllter russischer Verträge über vier Milliarden US-Dollar im Rahmen des „Oil-for-Food“-Programmes. Das amerikanische Einverständnis zur Verlängerung des Programmes um sechs Monate, in dessen Rahmen in der Vergangenheit russische Firmen von Bagdad bevorzugt behandelt wurden, geschah im Gegenzug für Moskaus Unterstützung für die UN-Resolution 1483 im Mai 2003.⁴¹

Allerdings war Russland weniger erfolgreich was die Verhandlungen und bestehenden Verträge zwischen russischen Ölgesellschaften und dem Irak, dem Land mit den weltweit größten, unerschlossenen Erdölreserven, angingen. Im Vordergrund stand die bereits 1997 mit Lukoil, Zarubezhneft und Maschinoimport abgeschlossene Vereinbarung über die Erschließung des Ölfeldes West Kurna, das geschätzte fünfzehn Milliarden Barrel beherbergte. Der ideale Ausgang des Konfliktes wäre eine Aufhebung der Sanktionen unter Beibehaltung des Regimes von Saddam Hussein gewesen, da dies für die russischen Firmen die Erfüllung der Verträge unter privilegiertem Zugang zum irakischen Markt bedeutet hätte. Die USA wollten jedoch einem Nachkriegsirak die Entscheidung über eine Erfüllung der russischen Verträge auch gegen russische Unterstützung im Weltsicherheitsrat nicht vorwegnehmen; Iraks Vizepremier Tariq Aziz gab die Kündigung der Vertrages mit Lukoil bekannt, während Russland versuchte, von den USA Garantien für die Verträge in einem Nachkriegsirak zu bekommen. Nach dem Putin erklärt hatte, er sei zu einer härteren Position gegenüber dem Irak bereit, wurde vom irakischen Ölminister die erfolgte Annullierung des Vertrages bestätigt. Der neue irakische Ölminister gab im Mai 2003 bekannt, dass der Vertrag auch im Nachkriegsirak ungültig bleiben sollte.⁴²

Die im außenpolitischen Konzept der Russischen Föderation von 2000 vorgege-

⁴⁰Sestanovich, „Dual Frustration: America, Russia, and the Persian Gulf“, 158–159.

⁴¹Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 50.

⁴²Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 49.

bene Linie,⁴³ die vollständige Rückzahlung der russischen Forderungen anzustreben, wurde auch im Irak verfolgt. Russland hat Forderungen an den Irak in Höhe von sieben bis acht Milliarden US-Dollar, die hauptsächlich aus Waffenlieferungen während des Ersten Golfkrieges (1980–1988) stammten. Trotz der von Moskau signalisierten Bereitschaft, das Thema des von den USA geforderten Schuldenerlasses im Club von Paris zu lösen, war die Bereitschaft zu einem Erlassen eines Teils oder der gesamten Kreditschulden angesichts des Ölreichtums des Landes gering. Die USA fanden sich nur bereit zu erklären, dass ein Nachkriegsirak seine Verbindlichkeiten anerkennen sollte, nicht jedoch dass diese auch beglichen werden müssten. Die russische Führung stand nun vor der Wahl, entweder weiter für die Rückzahlung der Kredite zu kämpfen und eventuell die neue irakische Führung zu verärgern, oder durch einen Schuldenerlass die Führung in Bagdad für sich zu gewinnen und darauf zu hoffen, mit dem Irak wieder ins Ölgeschäft zu kommen.⁴⁴

9 Bewertung

Eines der bereits angedeuteten Hauptprobleme der russischen Politik im Nahen Osten und besonders in der Irak-Krise war die Neigung Moskaus, verschiedene, teilweise inkompatible und konkurrierende Ziele gleichzeitig zu verfolgen bzw. die mangelnde Bereitschaft dabei. Prioritäten zu setzen. Dies mag unter anderem in der geringen Geschlossenheit der Eliten, dem mangelnden Konsens zwischen den Staatsorganen, sowie der inneren Zerworfenheit von Staat und Gesellschaft, der Diskrepanz zwischen einer *raison d'état* und einer *raison de la nation*, begründet sein. Der britische Historiker Geoffrey Hosking beschrieb 2003 diese Diskrepanz wie folgt: „Es bleibt weiter eine Kluft bestehen: zwischen den führenden politischen Kreisen, zu denen heute eine Oberschicht neureicher Geschäftsleute hinzukommt, und den Massen. Zwischen beiden Seiten existiert kaum oder überhaupt nicht das Gefühl einer Bürgergemeinschaft, sondern nur gegenseitiger Argwohn und von unten ein diffuser, bitterer Unmut.“⁴⁵

Dazu kommt, dass sich Moskau in der Irak-Krise hinsichtlich der amerikanisch-britischen Fähigkeit, ohne Moskauer Unterstützung im Weltsicherheitsrat das irakische Regime von Saddam Hussein zu entfernen, sowie bezüglich der geringen Bereitschaft der USA, für eine russische Unterstützung Zugeständnisse zu machen, überschätzt hat. Jedoch war Moskaus Politik in einem Aspekt erfolgreich: Durch seine neutrale Position konnte Russland der unmittelbaren Verantwortung für die Folgen einer Intervention im Irak und für die Nachkriegssituation entgehen. Dass dies ein

⁴³ „Russia shall service its foreign debt in accordance with the country's real possibilities, and shall strive to achieve maximum recovery of funds from the credits provided to foreign states“, *The Foreign Policy Concept of the Russian Federation* (2000).

⁴⁴ Katz, „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, 49.

⁴⁵ Geoffrey Hosking, *Russland: Nation und Imperium 1552–1917*, übers. Kurt Baudisch (Berlin: Berliner Taschenbuchverlag, 2003), 535.

Ziel Moskaus war, ist denkbar. Die Hoffnung jedoch, dass die aus russischer Sicht im Vergleich zur bisherigen Politik „ausgeglichenere“, „prinzipientreuer“ und „pragmatischere“⁴⁶ Moskauer Politik in der Irak-Krise eine nachhaltige Verbesserung der russischen Position in der arabischen Welt zur Folge gehabt hätte, lässt sich kaum bestätigen. Auch dem Ziel der Schaffung einer multipolaren Weltordnung kam Moskau durch seine damalige Politik nicht näher.⁴⁷

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Russlands Außen- und Nahostpolitik 2001–2003 schwach und verletzlich war. Dies zeigt sich anhand der besprochenen inneren Widersprüchlichkeiten bzw. Spannungen zwischen den verschiedenen Positionen und Methoden der russischen Außenpolitik. Es war eine Folge der russischen Politik, dass Russland für die Staaten des Nahen Ostens zu einem nur bedingt attraktiven Partner wurde. Vom eigenen Wunschbild einer von Volk und Außenwelt gleichermaßen als „transparent, angemessen, flexibel und vorhersagbar“⁴⁸ akzeptierten und respektierten Außenpolitik schien Russland noch ein gutes Stück entfernt zu sein. Beispiele hierfür sind die diskutierte russische Irakpolitik und die weitgehend passive, „deklaratorisch-protokollarische“⁴⁹ Politik Moskaus im sogenannten Nahostfriedensprozess, d.h. vor allem im israelisch-arabischen und -palästinensischen Friedensprozess — im Unterschied zu zahlreichen weiteren Konflikten, die den Nahen Osten charakterisieren.

Die entscheidenden Gewichte in der Waagschale der russischen Nahostpolitik waren zum einen die russisch-amerikanische Partnerschaft, nicht zuletzt auch wegen der Bedeutung der USA für die Integration Russlands in die Weltwirtschaft und dem Prestige, das mit einer solchen Partnerschaft verbunden ist. Zum anderen waren es Russlands konkreten regionalen ökonomischen und politischen Interessen. Und nicht zuletzt war es das Hadern mit der amerikanischen Hegemonie und der eigenen Ohnmacht. Auch nach dem Irak-Krieg sah sich Moskau der Herausforderung gegenüber, diese drei Gewichte in der Balance zu halten, wie das Beispiel Iran verdeutlicht. Als Teil der sogenannten „Achse des Bösen“ und von amerikanischer Präsenz im Persischen Golf, im Irak, in Afghanistan und Zentralasien umgeben, bot Teheran auch weiterhin bedeutendes Konfliktpotential zwischen amerikanischen und russischen Interessen. Die russischen Politologen Grigorij Kosač und Elena Melkumjan beschrieben im Jahr 2002 Russlands Außenpolitik als angetrieben von einem „geopolitischen Pragmatismus“ einerseits, und dem Ziel der Stärkung des russischen Staates andererseits:

Der Pragmatismus der gegenwärtigen russischen Außenpolitik zeigt, dass

⁴⁶Vgl. Lukin, „Russia, the U.S., China and the Iraqi Conflict“, 12, 20.

⁴⁷Vgl. Nikolaj Pavlov, „After the War: Nine Foreign Policy Conclusions“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 1.

⁴⁸Pavlov, „After the War: Nine Foreign Policy Conclusions“, 7.

⁴⁹Kosač und Melkumjan, „Bliznij vosto v rossijskoj vnešnej politike“, 38.

diese in erster Linie auf die Schaffung von Bedingungen ausgerichtet ist, die der Stärkung der eigenen Staatlichkeit dienen. [...] Russland ist gegenwärtig immer noch ein politisch labiles Produkt des Zerfalls der Sowjetunion; die Zukunft seiner geopolitischen Größe und seiner außenpolitischen Orientierung ist noch nicht abschließend bestimmt.⁵⁰

Russlands Außen- und Nahostpolitik in den darauffolgenden Jahren, besonders seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges 2011 und seit der Ukraine-Krise seit 2013, verdeutlicht in noch stärkerem Maße, wie sehr sich das Land zuerst pragmatisch und opportunistisch, zunehmend jedoch auch ideologisch und neoimperial darum bemühte, seinen geopolitischen „Fußabdruck“ und Einfluss zu vergrößern. Diese Anstrengungen waren damit verbunden, die Schwächen seiner internationalen Partner und Konkurrenten auszunutzen und sich zudem (und zunehmend zusammen mit China) als „Verteidiger“ des normativen internationalen Systems und der Vereinten Nation zu stilisieren, dabei aber gleichzeitig dessen Prinzipien zu unterminieren. In alldem schienen seit Beginn des ersten Jahrzehnts des einundzwanzigsten Jahrhunderts indirekt die Ziele, Russland innen- und sicherheitspolitisch stabiler und außenpolitisch robuster werden zu lassen, und gleichzeitig dabei den Westen zu schwächen, zentral gewesen zu sein.⁵¹

⁵⁰Kosač und Melkumjan, „Bližnij vostok v rossijskoj vnešnej politike“, 45.

⁵¹Die russische Nahostpolitik im Kontext des „Arabischen Frühlings“, des syrischen Bürgerkrieges und des „Islamischen Staates“ von 2011 bis 2018 wird vom Autor in einem gesonderten Aufsatz behandelt: „The Role of Islam in Russia’s Middle East Policy“, in: *Islam in Russia: Religion, Politics, and Society*, hgg. Gregory Simons, Eric Shiraev und Marat Shterin (Boulder, CO: Lynne Rienner, 2023), 109–130.

Literatur

- [1] Baklanov, Andrei. „Russia and the Arab World Should Resume Dialog“, *International Affairs* (Moskau), No. 1 (2003): 35–40.
- [2] Benediktow, Kyrill. „Russische Aussenpolitik zwischen Krieg und Frieden“, *Wostok*, No. 2 (April–Juni 2003): 8–11.
- [3] Blank, Stephen. „The Post-Soviet States and the Post-Saddam Middle East“, *MERIA* 7, No. 2 (June 2003): 1–11.
- [4] Bogaturov, Aleksei. „The Iraqi Crisis and the Imposed Consensus Strategy“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 2 (2003): 83–91.
- [5] Bulavinov, Ilya. „The U.N. Will Survive Everything“, *Kommersant*, 19.03.2003, S. 10 (*Current Digest of the Post-Soviet Press/CDPSP*, 16.04.2003, S. 1–4).
- [6] Cohen, Ariel. „Russia, Islam, and the War on Terrorism: An Uneasy Future“, *Demokratizatsiya* 10, No. 4 (Fall 2002): 556–567.
- [7] Dreyer, Nicolas. „The Role of Islam in Russia’s Middle East Policy“. In: *Islam in Russia: Religion, Politics, and Society*, hgg. Gregory Simons, Eric Shiraev und Marat Shterin (Boulder, CO: Lynne Rienner, 2023), 109–130.
- [8] Freedman, Robert O. „Putin and the Middle East“, *Demokratizatsiya* 10, No. 4 (Fall 2002): 509–527.
- [9] Gottemoeller, Rose. „The Russian Elite and Iraq: An Unexpected Picture“. In: *Iraq: A New Approach* (Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, August 2002), 33–36. <https://carnegieendowment.org/pdf/files/Iraq.Report.pdf> (letzter Aufruf 08.01.2024).
- [10] Hosking, Geoffrey. *Russland: Nation und Imperium 1552–1917*, übs. Kurt Baudisch (Berlin: Berliner Taschenbuchverlag, 2003).
- [11] Ibrahim, Youssef M. „Don’t play into the hands of extremists: America, Saudi Arabia and Islam“, *International Herald Tribune*, 14.08.2002. In: [http://www.iht.com/ihsearch.php?id=67467&owner=\(Washington%20Post.\)&date=20020814153307](http://www.iht.com/ihsearch.php?id=67467&owner=(Washington%20Post.)&date=20020814153307) (am 13.12.2023 nicht mehr verfügbar); verfügbar unter: <https://www.mea.gov.in/articles-in-foreign-media.htm?dtl/16099/Dont++into+the+hands+of+extremists>.
- [12] Ivanov, Igor. *Rossijskaja Gazeta*, 25.03.2003, <http://www.ln.mid.ru/B1.nsf/arh/A2477505EC0CF19343256CF400545D230openDocument>, 1–4 (aufgerufen am 12.06.2003; am 08.01.2024 nicht mehr verfügbar).

- [13] Katz, Mark N. „Playing the Angles: Russian Diplomacy Before and During the War in Iraq“, *Middle East Policy* X, No. 3 (Fall 2003), 43–55.
- [14] Kosač, Grigorij, und Elena Melkumjan. „Bližnij vostok v rossijskoj vnešnej politike“, *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, No. 9 (2002), 38–47.
- [15] Lukin, Aleksandr. „Russia, U.S., China and the Iraqi Conflict“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 9–22.
- [16] Pavlov, Nikolaj. „After the War: Nine Foreign Policy Conclusions“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 1–8.
- [17] Rubinstein, Alvin Z. „The Middle East in Russias Strategic Prism“. In: *Diplomacy in the Middle East: The International Relations of Regional and Outside Players*, hg. L. Carl Brown (London und New York: I.B. Tauris, 2001), 75–94.
- [18] Sapper, Manfred. „Ein schwieriger Balanceakt: Russlands Irakpolitik in Zeiten des Anti- Terror-Kampfes“, *Osteuropa* 52, No. 12 (2002): 1535–1546.
- [19] Schwartz, Stephen. „Ground Zero and the Saudi Connection“, *The Spectator*, 22.09.2001, 12–13, <http://archive.spectator.co.uk/article/22nd-september-2001/13/ground-zero-and-the-saudi-connection> (zuletzt aufgerufen am 08.01.2024).
- [20] Sestanovich, Stephen. „Dual Frustration: America, Russia and the Persian Gulf“, *The National Interest*, No. 70 (Winter 2002/03): 153–162.
- [21] Titorenko, Vladimir. „Ambassador to Baghdad Testifies“, *International Affairs* (Moskau) 49, No. 3 (2003): 23–31.
- [22] o.V. „The Russian Federation President Vladimir Putin’s Statement on the U.S. Attack against Iraq“, *Kommersant*, 21.03.2003, S. 3 (*RusData Dialine — Russian Press Digest*, 21.03.2003).
- [23] *Internetressourcen:*
 - <http://www.rferl.org/newsline/>
 - <http://meria.idc.ac.il/>
 - <http://www.iht.com/>
 - <http://www.mid.ru>
 - www.russische-botschaft.de/Presse/